Stadt Plauen
Stadtrat

Plauen, 5. Oktober 2017

Niederschrift
über die 33. Sitzung des Stadtrates

Sitzung am :	Dienstag, den 26.09.2017
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 20:40 Uhr

Anwesenheit:
Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates sind 23 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied
Andre Bindl	Christian Hermann	Tobias Rüdiger
Dirk Brückner	Daniel Herold	Wolf-Rüdiger Ruppin
Ingo Eckardt	Wolfgang Hinz	Thomas Salzmann
Christian Erdmann	Tobias Kämpf	Uta Seidel
Thomas Fiedler	Monika Mühle	Bernd Stubenrauch
Hansgünter Fleischer	Steffen Müller	Christa Süß
Klaus Gerber	Petra Rank	Hansjoachim Weiß
Sven Gerbeth		

Zeitweise Anwesende:
Zeitweise anwesend sind 10 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied	während TOP
Dieter Blechschmidt	zeitweise anwesend ab TOP 1.5. bis TOP 3.13.
Xenia Boerner	zeitweise anwesend bis TOP 3.13.
Ronny Hagen	zeitweise anwesend bis TOP 4.
Claudia Hänsel	zeitweise anwesend ab TOP 1.5. bis TOP 4.
Klaus Jäger	zeitweise anwesend bis TOP 6.2.
Prof. Dr. Lutz Kowalzick	zeitweise abwesend ab TOP 3.6. bis TOP 3.7. und abwesend ab TOP 5.3.
Juliane Pfeil-Zabel	zeitweise anwesend ab TOP 1.5. bis TOP 3.13.
Annekatrin Schicker	zeitweise anwesend bis TOP 3.13.
Benjamin Zabel	zeitweise anwesend ab TOP 2.1.
Frank Michael Zabel	zeitweise abwesend von TOP 1.5. bis TOP 2.1.

Abwesende:
Abwesend sind 6 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied	Abwesenheitsgrund
Ralf Bräunel	entschuldigt
Rene Fischer	entschuldigt
Alexandra Glied	entschuldigt
Andre Hegel	entschuldigt
Kerstin Knabe	entschuldigt
Rico Kusche	unentschuldigt
Dieter Rappenhöner	entschuldigt

Ilka Reißner	entschuldigt
Jörg Schmidt	entschuldigt
Rico Wagner	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheit
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	zu allen TOP
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	öffentlicher Teil
Frau Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte	öffentlicher Teil
Frau Weck	Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	zu allen TOP
Herr Armbruster	Techn. Leiter Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Frau Ullmann	Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung	zu allen TOP
Frau Wolf	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Schäfer	Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Karliner	Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation	zu TOP 6.1.
Herr Mißbach	Leiter Fachgebiet Betriebswirtschaft/Liegenschaften	zu TOP 6.2.
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil
Herr Zobel	Leiter Fachgebiet Informationstechnik	bis TOP 3.6.
Herr Bley	Leiter Festhalle Plauen	bis TOP 3.11.
Herr Dr. Salesch	Leiter Vogtlandmuseum	öffentlicher Teil
Frau Winkler	Leiterin Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Tillmann	Bereichsjurist Geschäftsbereich OB	bis TOP 3.4.
Herr Baumgärtel	Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	zu TOP 6.2.

Weitere Sitzungsteilnehmer:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion FDP/Initiative Plauen	entschuldigt
Herr Dolata, SPD/Grüne-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

Gäste:

Herr Bitter, Geschäftsführer KISA	öffentlicher Teil
Herr Rother, Verbandsvorsitzender KISA	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 32. Sitzung des Stadtrates am 29.08.2017
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 29.08.2017
1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Information
2.1. Personalbericht 2016

Drucksachennummer: 637/2017

2.2. Überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Plauen zum 01. Januar 2013 - Prüfbericht
Drucksachennummer: 615/2017

3. Beschlussfassung

3.1. Neuberufung von sachkundigen Einwohnern aufgrund personeller Veränderungen in den Fraktionen
Drucksachennummer: 653/2017

3.2. Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern aufgrund personeller Veränderungen in den Fraktionen
Drucksachennummer: 654/2017

3.3. Sitzungskalender 2018
Drucksachennummer: 631/2017

3.4. Änderung von § 23 Absatz 2 der Hauptsatzung zu gedruckten amtlichen Veröffentlichungen
Drucksachennummer: 650/2017

3.5. Bestellung einer Grundschuld zugunsten Freistaat Sachsen
Drucksachennummer: 651/2017

3.6. Ruhen des Austritts der Stadt Plauen aus Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen – KISA
Drucksachennummer: 649/2017

3.7. Auflösung des Jugendparlaments der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 630/2017

3.8. Überarbeitung der Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für kulturelle Vereine und freie Träger der Kultur durch die Stadt Plauen
Drucksachennummer: 627/2017

3.9. Museumskonzeption 2017 des Vogtlandmuseums Plauen
Drucksachennummer: 628/2017

3.10. Betreiberkonzept Parktheater
Drucksachennummer: 634/2017

3.11. Entgeltregelung Parktheater
Drucksachennummer: 635/2017

3.12. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Baumaßnahme Umnutzung Seminarstr. Haus A zur Grundschule Dittes
Drucksachennummer: 618/2017

3.13. Einfacher Bebauungsplan Nr. 042 „Nahversorgungszentrum an der Reißiger Straße/ Martin-Luther-Straße“ - Aufstellungsbeschluss
Drucksachennummer: 614/2017

4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 33. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadträtin Monika Mühle, CDU-Fraktion, und Stadtrat Christian Herrmann, SPD/Grüne-Fraktion, bestellt.

1.1. Tagesordnung

Mit Einverständnis der Mitglieder des Stadtrates zieht Oberbürgermeister Oberdorfer den TOP 3.6. vor, um die für diesen TOP anwesenden Gäste von der KISA nicht zu lange warten zu lassen.

Neue Reihenfolge: nach TOP 3.3. wird TOP 3.6. behandelt

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 29.08.2017

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 29.08.2017 unter Beachtung des nachfolgenden Hinweises von Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, fest.

Stadtrat Weiß, teilt mit, dass die Behauptung von Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, auf Seite 10, Absatz 1 falsch sei.
Er verweist hierzu auf die Niederschrift zur Sitzung des Finanzausschusses am 01.06.2017 – öffentlicher Teil – TOP 4. Überplanmäßige Auszahlungen für die Generalsanierung der Astrid-Lindgren-Grundschule, ***Drucksachennummer: 587/2017.***

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Höhergruppierung von Herrn Ralf Zobel zum 01.06.2017 beschlossen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat genehmigt, ein noch zu vermessendes Teilstück eines Flurstückes der Gemarkung Plauen im Gewerbegebiet Zadera, antragsgemäß an das Unternehmen Pflanzenparadies Zadera zu veräußern.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat genehmigt, ein noch zu vermessendes Teilstück eines Flurstückes der Gemarkung Plauen im Gewerbegebiet Zadera antragsgemäß an das Unternehmen Westring Dichtungstechnik GmbH zu veräußern.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer bedankt sich bei allen Wahlhelfern. 500 Bürgerinnen und Bürger waren am Wahlsonntag im Einsatz. Er bittet auch zukünftig um rege Teilnahme.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über die 14. Sternwanderung der Partnerstädte am Sonntag, 01.10.2017 und lädt Interessierte herzlich ein.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass Stadtrat Thomas Salzmann schon seit längerer Zeit illegale Müllablagerungen in Plauens Wäldern aufsammelt und diese zur Abholung am Waldrand ablegt.
Oberbürgermeister Oberdorfer äußert sich anerkennend für dieses freiwillige private Engagement von Herrn Salzmann und weist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeiten der offiziellen Müllentsorgung in der Stadt Plauen hin.

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, informiert über die neue Regelung

zur Bedarfsanmeldung für Kita-Plätze in der Stadt Plauen, nachdem die Kita-Card vom Landkreis zurückgezogen wurde.
Nach Wegfall der Kita-Card erhofft sich die Stadt Plauen mit einem Kita-Bedarfsschein, handlungs-fähiger zu werden. Hierzu fand heute ein Pressegespräch statt.
Durch die Medien wurde empfohlen, diesem Schein einen anderen Namen zu geben.
Der Schein, der nunmehr an die Eltern ausgereicht werden soll, heißt nun „Kita-Ticket".
Dieses Kita-Ticket wird über ein eigens erstelltes Programm erstellt und gepflegt und soll offiziell ab 01.01.2018 eingeführt werden. Ein Vorbereitungs- und Probelauf beginnt aber bereits am 01.10.2017.
In den Presseveröffentlichungen, in den Plauener Stadtnachrichten sowie auf der Internetseite der Stadt Plauen werden nähere Informationen und Kontaktdaten veröffentlicht.
Ziel des Kita-Tickets sei es, den aktuellen Bedarf an Kita-Plätzen in der Stadt Plauen festzustellen, diesen Bedarf gezielt zu erfassen und zu steuern.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass über 300 Kita-Plätze in den nächsten Jahren bis 2020 durch Neubau in der Stadt Plauen entstehen sollen. Hierbei werden auch die Freien Träger bei Anbauten an bestehende Einrichtungen unterstützt.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert zum Ablauf am 07.10.2017. In diesem Jahr findet die Andacht in der Lutherkirche erst ab 18:30 Uhr statt.
Oberbürgermeister Oberdorfer teilt weiterhin mit, dass der Landesbischof der Katholischen Kirche an dieser Andacht teilnehmen wird.
Ab 20 Uhr findet ein Festkonzert im Komturhofgebäude statt. Hierfür gäbe es noch Karten zu kaufen.

2. Information

2.1. Personalbericht 2016
Drucksachennummer: 637/2017

Frau Kramer, Controllerin für den Geschäftsbereich I, erläutert den Personalbericht 2016 anhand einer Bildschirmpräsentation.
Hierbei führt sie u.a. aus, dass die Stadt Plauen mit 68 Stellen weniger, als im gesetzlich festgelegten Schlüssel ihre Verwaltungsaufgaben trotzdem erfüllt.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass die Stadt Plauen aus sozialen Gründen auch an Beschäftigten mit Langzeiterkrankungen festhält. Gleichzeitig erwähnt Oberbürgermeister Oberdorfer die integrative Reinigungsgruppe, welche ganz bewusst im Rathaus angestellt wurde, um Menschen mit Behinderung eine Chance auf Beschäftigung zu geben.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, merkt an, dass die Herausforderungen, die in den nächsten Jahren noch anstehen, im vorgelegten Bericht ein wenig zu kurz kommen würden. Z. B. das Alter der Beschäftigten und die Verteilung.
Stadtrat Kämpf führt aus, dass 50 % der derzeit Beschäftigten über 50 Jahre alt seien. In den nächsten 10 bis 15 Jahren würden sich somit massive Nachwuchsprobleme ankündigen. langfristig müsse eine gute Nachwuchsarbeit in den betroffenen Bereichen stattfinden.
Über die Aufstockung von Ausbildungsplätzen sollte ebenfalls nachgedacht werden, u. a. auch im Bereich Erzieher.
Gleichzeitig würden mit dem anstehenden „Generationsumbruch" nach Meinung von Stadtrat Kämpf auch Chancen bestehen, z. B. verschlanken von Strukturen, vereinfachen von Prozessen.
Eine weitere Chance, die vermehrt angegangen werden sollte, ist das Thema Digitalisierung. Im Vergleich zur Wirtschaft würde die Stadtverwaltung in einigen Punkten „hinterher hängen".

Ein Wunsch von Stadtrat Kämpf wäre es, dass zukünftig ein Großteil der Dinge, die der Bürger in der Verwaltung erledigen möchte auch digital im Internet abgebildet werden könnten.

Stadtrat Kämpf spricht weiterhin die leistungsorientierte Bezahlung an, welche derzeit immer noch gleichmäßig auf alle Verwaltungsmitarbeiter/innen verteilt wird und somit keine Anerkennung von Leistungsträgern bzw. keine Motivation darstellen würde. Er bittet darum, über dieses Thema mit den Führungskräften zu beraten.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Personalbericht für das Jahr 2016 zur Kenntnis.

2.2. Überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Plauen zum 01. Januar 2013 - Prüfbericht
Drucksachennummer: 615/2017

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Prüfungsbericht des staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Zwickau zur überörtlichen Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2013 der Großen Kreisstadt Plauen und die dazugehörigen Stellungnahmen der Stadt Plauen zur Kenntnis.

3. Beschlussfassung

3.1. Neuberufung von sachkundigen Einwohnern aufgrund personeller Veränderungen in den Fraktionen
Drucksachennummer: 653/2017

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft gemäß § 44 Abs. 2 SächsGemO i. V. m. § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Plauen Frau Cornelia Meinel als sachkundige Einwohnerin in den Kultur- und Sportausschuss auf Vorschlag der CDU-Fraktion.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-1

3.2. Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern aufgrund personeller Veränderungen in den Fraktionen
Drucksachennummer: 654/2017

Beschluss:
1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 4 SächsGemO Herrn Jens Walther als sachkundigen Einwohner im Wirtschaftsförderungsausschuss ab.

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft gemäß § 44 Abs. 2 Satz 1 SächsGemO Herrn Eberhard Müller

   als sachkundigen Einwohner im Vergabeausschuss ab.

3. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft gemäß § 44 Abs. 1 SächsGemO i. V. m. § 6 Abs. 2 der Haupt satzung der Stadt Plauen Herrn Jens Walther als sachkundigen Einwohner in den Vergabeausschuss.

4. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft gemäß § 44 Abs. 1 SächsGemO i. V. m. § 6 Abs. 2 der Haupt satzung der Stadt Plauen Herrn Eberhard Müller als sachkundigen Einwohner in den Wirtschafts förderungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-2

3.3. Sitzungskalender 2018
Drucksachennummer: 631/2017

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass sich die Fraktionen mehrheitlich für die 2. Variante des Sitzungskalenders (wie im Verwaltungsausschuss vorgeschlagen – Herbstferien komplett sitzungsfrei) entschieden haben. Deshalb schlägt er diese Variante zur Beschlussfassung vor.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Sitzungskalender 2018 für den Stadtrat und seine Ausschüsse gemäß Anlagen mit der im Verwaltungsausschuss vorgeschlagenen Änderung ab August 2018.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-3

3.6. Ruhen des Austritts der Stadt Plauen aus der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen - KISA
Drucksachennummer: 649/2017

Herr Bitter, Geschäftsführer der KISA, und Herr Rother, Verbandsvorsitzender der KISA, sind zu diesem TOP anwesend und werden durch Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt.

Herr Zobel, Leiter Fachgebiet Informationstechnik, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass morgen (Mittwoch, 27.09.2017) die nächste Verbandsversammlung stattfindet, zu der ein mögliches Austrittsersuchen der Stadt Plauen vorgebracht werden könnte. Mit der vorliegenden Vorlage soll aber zunächst erst einmal das Ruhen des Austritts der
Stadt Plauen beschlossen werden, da sich die allgemeine Situation der KISA doch eher positiv entwickelt hat.

Oberbürgermeister Oberdorfer erteilt Herrn Bitter das Wort.

Herr Bitter informiert über die Neuaufstellung der Firma KISA ab dem Jahr 2014.
Die Organisationsstruktur wurde ab diesem Zeitpunkt komplett überarbeitet und ein neues Unter-nehmenskonzept entwickelt. KISA hat zum aktuellen Zeitpunkt ca. 270 Verbandsmitglieder und sei mit Abstand der größte IT-Dienstleister in Sachsen für die öffentliche Verwaltung.
Als Grundlage für eine faire Zusammenarbeit sieht die KISA eine wirtschaftliche Stabilität und darüber hinaus transparente und gerechte Preise für alle Kommunen. Ab 2018 wird es für die wirtschaft-liche Stabilisierung der KISA keine weitere Umlage mehr geben. Auch ein Kassenkredit wurde seit 2017 nichtmehr genutzt.

Herr Bitter führt weiterhin aus, dass eine wesentliche Aufgabe der KISA darin bestehe, die Verwaltungen bei der Digitalisierung zu unterstützen und darüber zu informieren, was in der IT passiert. Im Fokus stünde hier, ab 2018 das gesamte Antragsmanagement zu digitalisieren.
Weiterhin ist vorgesehen die Schulträger dabei zu unterstützen, die Schulen standardisiert digital auszustatten. Ein weiterer wichtiger Punkt sei auch das voranbringen des

Dokumentenmanagementsystems.

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion fragt nach, ob es richtig ist, dass gemäß § 16 Abs. 5 der Satzung der KISA die bisher von den Kommunen gezahlten Umlagen nach 5 Jahren auch wieder zurückgezahlt werden können.

Weiterhin fragt Stadtrat Zabel, warum die Stadtverwaltung Plauen bei der Vielzahl angebotener Dienste nur 3 nutzen würde. Er bittet die Verwaltung, dies zu intensivieren, um Synergieeffekte nutzen zu können. Speziell spricht Stadtrat Zabel hier die Datenschutzgrundverordnung an, die in nächster Zeit greifen würde.

Stadtrat Zabel unterstützt den Vorschlag der Verwaltung.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, kann den Vorschlag der Fraktion nicht ganz vorbehaltlos unterstützen. Er hat die Ausführungen von Herrn Bitter inhaltlich, sachlich zur Kenntnis genommen, kann manches aber nicht nachvollziehen. Dass die Digitalisierung eine sehr große Herausforderung für eine Kommune sei, ist Stadtrat Gerbeth bewusst, dass dies aber nur mit einer Mitgliedschaft für die Stadt Plauen verbunden sein muss, erschließt sich ihm aber nicht.

Stadtrat Gerbeth führt aus, dass ihm die Tatsache, dass Kommunen vor 2014 unterschiedliche Preise für gleiche Leistungen bei der KISA bezahlt haben, bisher nicht bekannt war. Zu der von Herrn Bitter erwähnten Haushaltskonsolidierung der KISA haben nach Meinung von Stadtrat Gerbeth wohl auch die umfangreichen Umlagezahlungen der einzelnen Kommunen beigetragen.

Stadtrat Gerbeth fragt nach, welche Summen an Umlagen von der Stadt Plauen in den letzten 3 Jahren gezahlt wurden und welche Einsparungen in Form des „10% Rabattes“ in Summe während der Mitgliedschaft der Stadt Plauen in der KISA erzielt werden konnten.

Herr Bitter antwortet, dass die bis jetzt gezahlten Umlagen komplett zur Bearbeitung der Vergangenheit gedient haben. In die Zukunft gerichtet sollen kostendeckende wirtschaftliche Preise in allen
Verfahren angewendet werden.

Der wesentlichste Vorteil einer Mitgliedschaft in der KISA wäre für Plauen nach Meinung von Herrn Bitter, dass sie über die Mitgliedschaft eine Ausschreibungsfreiheit generieren könne, d. h. alle IT-Leistungen, die derzeit beschafft werden, müssten aktuell ab 25 TEUR bundesweit bzw. ab 206 TEUR europaweit ausgeschrieben werden. Dies würde mit KISA nicht notwendig sein, weil die Leistungen von der KISA ausgeschrieben werden oder aber von Partnern der KISA.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, teilt mit, dass die bisherige geringe Nutzung von angebotenen Programmen der KISA wohl auch an der Neuaufstellung des IT-Bereiches im Hause liegen würde. Ein Verbleib in der KISA wird derzeit bevorzugt.
Momentan würden nur 3 Programme genutzt, wodurch ca. 2 TEUR Vorteil gegenüber einer Nicht-mitgliedschaft generiert werden könnten. Dies würde aber deutlich steigen, wenn zukünftig mehr

Programme genutzt würden und – wie o. g. – von Ausschreibungen profitiert werden könnte.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass die Stadt Plauen den Austritt aus dem Zweckverband „Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen“ KISA unbefristet ruhen lässt.

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-4

3.4. Änderung von § 23 Absatz 2 der Hauptsatzung zu gedruckten amtlichen Veröffentlichungen

Drucksachennummer: 650/2017

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung der Antrag der CDU-Fraktion, ***Reg. Nr. 215-17***, sowie die dazu gehörige Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass der Punkt 2 des Beschlussvorschlages sowie die dazugehörige Anlage 2 von der Verwaltung zurückgezogen wurden.

Weiterhin teilt Oberbürgermeister Oberdorfer mit, dass der Sächsische Städte- und Gemeindetag Dresden auch die Amtsblätter gegenwärtig nicht als rechtssicher einschätzt, wenn sie über 50 % Nachrichtenteile/redaktionelle Teile enthalten.
Aus dieser Situation heraus schlägt Oberbürgermeister Oberdorfer zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Veröffentlichung in den beiden Plauener Tageszeitungen als rechtssichere Variante vor.
Sobald eine rechtliche Klärung vorliegt, könnte auch wieder ein Amtsblatt der Stadt Plauen für Veröffentlichungen genutzt werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer unterstützt den o. g. Antrag der CDU-Fraktion. Allerdings sollte die dort erwähnte Befristung auf den 31.12.2018 verlängert werden.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag, ***Reg. Nr. 215-17***, seiner Fraktion. Er teilt u. a. mit, dass seine Fraktion dem Vorschlag von Oberbürgermeister Oberdorer zur Verlängerung der Befristung folgen kann.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, hält den Vorschlag der Verwaltung für nachvollziehbar und kann auch von seiner Fraktion mit getragen werden.
Er betont aber, dass der Verursacher der nicht rechtssicheren Veröffentlichung des Bebauungsplanes für Oberlosa nach seiner Meinung nicht die Stadt Plauen war. Für diese Veröffentlichung wurden ca. 400 EUR an den Vogtlandkreis gezahlt.

Stadtrat Gerbeth fordert die Verwaltung auf, dieses Geld zurück zu fordern, da der Verursacher für ihn eindeutig der Vogtlandkreis war.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., kann die Forderung von Stadtrat Gerbeth nicht gut heißen.

Er erinnert daran, dass der Stadtrat der Stadt Plauen im vergangenen Jahr mit nur 4 Gegenstimmen für die Einstellung des Amtsblattes der Stadt Plauen gestimmt hat, mit dem entscheidenden Argument der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung.

Stadtrat Jäger unterstützt den Vorschlag, zukünftig wieder ein Amtsblatt der Stadt Plauen herausgeben zu wollen.

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, vertritt die Meinung, dass ein Amtsblatt sicher gebraucht würde. Die Frage sei aber, ob es zwangsläufig in Papierform erscheinen muss.
Dies würde Stadtrat Zabel nicht unterstützen. Wichtig wäre zu beschließen, dass es langfristig eine digitale Erscheinungsform geben müsse. Ein Amtsblatt sollte in erster Linie die rechtlichen Anforderungen erfüllen und die notwendige Form haben. Der Inhalt sollte auf den amtlichen Inhalt reduziert werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer erinnert, dass hier nicht über die mögliche Form eines Amtsblattes usw. beschlossen werden soll, sondern über die Möglichkeit der derzeit rechtssicheren Veröffentlichung in den beiden Plauener Tageszeitungen. Eine rein elektronische Form der Veröffentlichung ist mit der derzeitigen
Rechtslage nicht möglich.

Herr Tillmann empfiehlt dringend, die Hauptsatzung entgegen dem Vorschlag des Antrages der

CDU-Fraktion, Pkt. 1. **unbefristet zu ändern** und dem Auftrag des Stadtrates zu folgen, so früh wie möglich anzupassen.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, widerspricht der Aussage von Stadtrat Jäger, dass das Amtsblatt mit dem erwähnten Beschluss gänzlich abgeschafft wurde. In der Haushaltskonsolidierung wurde damals so argumentiert, dass die Stadtverwaltung beauftragt wurde, das Amtsblatt/Mitteilungsblatt fortzuführen aber nicht mehr mit dem damaligen Honorar, dass an den Dienstleister für die Erstellung von redaktionellen Beiträge gezahlt wurde. Auf dieser Grundlage wurde durch den Geschäftsbereich OB entschieden, eine schrittweise Veränderung der Auflagenzahl und der Fülle vorzunehmen.

Oberbürgermeister Oberdorfer nimmt sich des Antrages der CDU-Fraktion, *Reg. Nr. 215-17*
in der nachfolgend dargestellten geänderten Form des Punktes 2 als Auftrag an.
Somit ist keine Beschlussfassung zum Antrag notwendig.

Auftrag an die Verwaltung:
Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit ein eigenes Amtsblatt ab Januar 2019 oder früher als Information für die Bürger geeigneter ist und legt dem Stadtrat eine entsprechende Vorlage spätestens im IV. Quartal 2018 zum Beschluss vor.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt folgende Satzung zur Änderung von § 23 Absatz 2 der Hauptsatzung:

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die Hauptsatzung der Stadt Plauen vom 17.11.2008 (MittBl-PL vom 05.12.2008, S. 16), die zuletzt durch Satzung vom 05.04.2017 (Amtliche Veröffentlichung Nr. 37/2017 vom 06.04.2017, http://www.plauen.de/media/dokumente/rathaus/satzungen/hauptsatzung.pdf) geändert worden ist, wie folgt zu ändern:

In § 23 Absatz 2 wird die Angabe „in dem Kreis-Journal Vogtland, Amtsblatt des Vogtlandkreises“ durch die Angabe „in den örtlichen Ausgaben von Freie Presse und von Vogtland=Anzeiger“ ersetzt.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-5

3.5. Bestellung einer Grundschuld zugunsten Freistaat Sachsen
Drucksachennummer: 651/2017

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Bestellung einer Grundschuld am Erbbaurecht für das Grundstück in Plauen, Stresemannstr. 92, Flurstück 1731/7, Gemarkung Plauen, Erbbauberechtigter Fördergesellschaft für berufliche Bildung Plauen-Vogtland e.V., Dobenaustraße 80, 08523 Plauen, in Höhe von 97.500,00 EUR nebst Zinsen von jährlich 14 % zugunsten des Freistaates Sachsen, vertreten durch das Sächsische Staatsministerium des Innern.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-6

3.7. Auflösung des Jugendparlaments der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 630/2017

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer verliest den durch den Bildungs- und Sozialausschuss geänderten Beschlussvorschlag vor.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, bedankt sich bei den bisher tätigen Mitgliedern des Jugend-parlaments für die geleistete Arbeit. Er hofft darauf, dass sich auch zukünftig wieder Jugendliche für die Politik ihrer Stadt interessieren werden und sich hierfür ein neues Projekt für politische Jugend-arbeit mit der Unterstützung der Verwaltung finden lässt.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., bedankt sich ebenfalls bei den Mitgliedern des ehema-ligen Jugendparlaments, welche dieses in den Anfangsjahren aufgebaut haben. Sie hält die Einführung der Arbeitsgruppe und einer Kinder- und Jugendkonferenz für eine gute Möglichkeit, Kinder und
Jugendliche wieder für die Politik interessieren zu können.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Auflösung des Jugendparlaments der Stadt Plauen. Dem Jugendparlament der Stadt Plauen steht ein Budget von 3 TEUR im Haushaltsjahr zur Verfügung. Über die weitere Mittelverwendung sollte nach einer Diskussion über weitere mögliche Jugendbeteiligungsformen in der Stadt Plauen entschieden werden.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-7

3.8. Überarbeitung der Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für kulturelle Vereine und freie Träger der Kultur durch die Stadt Plauen
Drucksachennummer: 627/2017

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Verwaltungsvorlage.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., hält die hier dargestellte Verfahrensweise für einen guten Kompromiss. Ihre Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, unterstützt ebenfalls die vorgelegte Förderrichtlinie und bittet um Zustimmung.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Überarbeitung der Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für kulturelle Vereine und freie Träger der Kultur durch die Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-8

3.9. Museumskonzeption 2017 des Vogtlandmuseums Plauen
Drucksachennummer: 628/2017

Herr Dr. Salesch, Direktor des Vogtlandmuseums Plauen, stellt die Museumskonzeption 2017 anhand einer Bildschirmpräsentation vor.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., bedankt sich für die schnelle und gute Arbeit bei

Herrn Dr. Salesch und wünscht weiterhin sehr viel Erfolg.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, spricht ebenfalls seinen Dank an Herrn Dr. Salesch aus für die herausragende umfangreiche Arbeit. Das vorgestellte Konzept sollte die Basis einer Werthaltigkeit musealer Arbeit für die gesamte Region sein.
Erfreulich sei nach Meinung von Stadtrat Eckardt auch, dass nunmehr augenscheinlich ein besseres Betriebsklima im Museum eingezogen sei.
Wichtig sei auch, den Fokus auf die Museumspädagogik zu richten und hierfür verstärkt auf vogtländische Bildungseinrichtungen zuzugehen.
Stadtrat Eckardt bittet darum, dass das Museum möglichst schnell eine eigene Internetseite aufbaut, damit sich die Bevölkerung besser mit ihrem Museum identifizieren kann.

Beschluss:
Der Stadtrat beschließt das Museumskonzept 2017 des Vogtlandmuseums Plauen einschließlich Galerie e.o.plauen, Hermann-Vogel-Haus in Krebes, Jüdischer Friedhof und Kunst im öffentlichen Raum.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-9

3.10. Betreiberkonzept Parktheater
Drucksachennummer: 634/2017

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt die Mitglieder Herrn Krebs und Herrn Köhler vom Park-theaterverein und bedankt sich für die bisher nicht ganz uneigennützig aber ehrenamtlich geleistete Arbeit des Vereines. Diese Arbeit und das Engagement sind aller Ehren wert.

Herr Bley, Leiter Festhalle Plauen, präsentiert das Betreiberkonzept Parktheater anhand einer Bildschirmpräsentation.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, bedankt sich für die Erarbeitung des nachvollziehbaren und aufschlussreichen Konzeptes. Er bedankt sich ebenfalls bei den ehrenamtlichen Mitgliedern des Parktheatervereins.

Stadtrat Kämpf richtet die Bitte an den Verantwortlichen im Verein, nunmehr gute Voraussetzungen zu schaffen, um den Übergang der Einrichtung an die Stadtverwaltung so gut als möglich vollziehen zu können.

Stadtrat Kämpf bittet weiterhin darum, kritisch auf die Entwicklung des Kostendeckungsgrades (derzeit 75 %) zu schauen, da wie bei allen kulturellen Einrichtungen die Stadt Plauen mit finanzieren muss.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass sich Gelder, die die Stadt Plauen bisher im Parktheater investiert hat, nicht in dem Sinne zurückgeflossen sind (z. b. Überdachung Sitzreihen). Demnach würde sich dem Wesen nach nicht allzu viel ändern.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, hält das hier vorgelegte Konzept für ein gutes Beispiel dafür, dass man auf einer fundierten Grundlage als Stadtrat Entscheidungen treffen kann. Es sei aber trotzdem sinnvoll, so schnell als möglich über einen seriösen Investitions- und Wirtschaftsplan zu sprechen und zu debattieren. Im Zuge der Haushaltsberatung sollte hierzu im Kultur- und Sportausschuss Klarheit darüber geschaffen werden, welche Kosten auf die Stadt Plauen zu-kommen werden.
Stadtrat Zabel bittet aber auch darum, den Landkreis an anderer Stelle stärker in die Verantwortung zu nehmen.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., hält das vorgelegte Konzept für überzeugend. In Bezug auf die Investitionen vermisst Stadträtin Hänsel die Beleuchtung um das Parktheater herum.
Diesbezüglich führt Stadträtin Hänsel bereits seit längerer Zeit Gespräche mit Herrn Kober von den Stadtwerken Strom. Sie bittet deshalb darum, auch Herrn Kober in die Konzeption mit einzubeziehen und günstige Lösungen zu finden.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE., spricht seinen Respekt für das Konzept aus. Allerdings fehlen nach Meinung von Stadtrat Herold u. a. Zahlen aus der bisherigen Bewirtschaftung des Parktheaters. Weiterhin sei aus dem Konzept ein großer Investitionsstau im Parktheater (z. B. Backstage-Räume, Toiletten, Überdachung der Bühne) herauszulesen.

Zum weiteren Betrieb des Parktheaters seien nach Meinung von Stadtrat Herold z. B. auch die Parkplatzsituation sowie der öffentliche Personennahverkehr mit zu bedenken.

Weiterhin hofft Stadtrat Herold auf die Unterstützung des Parktheatervereins, der sich eventuell zukünftig als Förderverein des Parktheaters aufstellen könnte.

Oberbürgermeister Oberdorfer unterstützt dieses Ansinnen, dass der Parktheaterverein sich als Förderverein beteiligen könnte.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass auch Zahlen zu den einzelnen Angelegenheiten vorliegen, welche der Niederschrift über die heutige Stadtratssitzung angehängt bzw. an die Fraktionen per e-mail ausgereicht werden könnten.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen bestätigt das Betreiberkonzept für das Parktheater Plauen.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-10

3.11. Entgeltregelung Parktheater
Drucksachennummer: 635/2017

Herr Bley, Leiter Festhalle Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, informiert über die Änderung des Beschlussvor-schlages bezüglich Pkt. 10 der Entgeltordnung, welche im Kultur- und Sportausschuss festgelegt
wurde.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, befürwortet die Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen. Er bittet aber darum, Wert darauf zu legen, dass nicht „inflationär“ mit dieser Unterstützung um-gegangen wird. Bezahlveranstaltungen sollten nach seiner Meinung auf jeden Fall Vorrang vor gemeinnützigen Veranstaltungen im Parktheater haben, um eine Kostendeckung erreichen zu können.

Bürgermeister Zenner kann diesem Argument nicht zustimmen. Er sieht Plauen als eine soziale Stadt und deshalb wurde die o. g. Änderung in die Entgeltordnung eingefügt. Somit der Stadtrat der Stadt Plauen darüber entscheiden kann, welche Veranstaltung im Parktheater durchgeführt werden können.

Oberbürgermeister Oberdorfer hält auch die Darstellung von Stadtrat Kämpf durchaus für beachtenswert. Er geht davon aus, dass der beschließende Ausschuss bzw. der Stadtrat das richtige Maß
zwischen gemeinnütziger und Bezahlveranstaltung finden wird.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, fragt nach, ob es bei den Kosten für Veranstal-tungen des Theaters Plauen-Zwickau im Parktheater zukünftig Änderungen geben wird.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, denkt, dass sich wohl nicht viel ändern wird, verweist aber für eine sachgemäße Begründung an Herrn Bley.

Frau Göbel warnt aber davor, über die Entgeltordnung nicht noch eine zusätzliche verdeckte Subventionierung an Vereine und in besonderer Weise an das Theater über die bereits durch die Stadt gezahlten Zuschüsse hinaus zu vergeben. Sie rät deshalb davon ab, über den Antrag für Sonderkonditionen für das Theater Plauen-Zwickau zu beschließen.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt dar, dass die vorgelegte Entgeltordnung mit der im Ausschuss gewünschten Einzelfallregelung gilt.

Bezüglich der Frage von Stadtrat Prof. Dr. Kowalzick antwortet Herr Bley, dass nach den derzeit vorliegenden Informationen bei gleichem Aufwand auch der Preis gleich bleibt.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Entgeltregelung für das Parktheater Plauen unter Beachtung des geänderten Punkt 10.

Punkt 10 wird wie folgt geändert:
Im Einzelfall kann ein Sondertarif mit der Stadt Plauen vereinbart werden.
Darüber entscheidet der beschließende Ausschuss oder der Stadtrat.
Die Entgeltregelung tritt ab 01.01.2018 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-11

3.12. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Baumaßnahme Umnutzung Seminarstr. Haus A zur Grundschule Dittes
Drucksachennummer: 618/2017

Herr Armbruster, technischer Leiter Eigenbetrieb GAV, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert folgendes bezüglich der Deckungsquelle für diese Vorlage „Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen – Erweiterungsbau Lessing-gymnasium“:

Der Begriff besagt, dass nicht so viele Aufträge für das Lessinggymnasium in diesem Jahr vergeben werden müssen, wie vorgesehen waren. Das heißt aber nicht, dass die Maßnahmen kostengünstiger werden. Im Gegenteil, nach derzeitigem Stand wird der Erweiterungsbau am Lessinggymnasium auch um 400 TEUR teuer als geplant.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, führt zum Wunsch der Eltern – zusätzliche Fuß-gängerampel an der Trockentalstraße – aus, dass die Verantwortlichkeiten für solch eine Ampel an einer Bundesstraße geteilt sind. Die Stadt Plauen ist an Bundesstraßen für Fuß- und Radwege verantwortlich. Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr (LASUV) ist für die Fahrbahn verantwortlich.

Bei der gewünschten Ampel wäre die Stadt Plauen für die Absenkung der Bordsteine verantwortlich. Dies könnte aus Unterhaltungsmitteln durchgeführt werden. Weiterhin ist die Stadt Plauen für die Erteilung der verkehrsrechtlichen Anordnung als untere Verkehrsbehörde verantwortlich.
Die Ausführung der Ampelanlage müsste durch das LASUV erfolgen. Hierzu hat die Stadt Plauen

bereits intensive Gespräche mit dem Niederlassungsleiter Herrn Petzold geführt.
Vom Landesamt für Straßenbau und Verkehr wird der Bau einer solchen Ampel wegen der Schulwegsicherheit als prioritär angesehen. Allerdings stellt das LASUV derzeit sein Bauprogramm für das nächste Jahr zusammen, welches voraussichtlich erst Anfang nächsten Jahres genehmigt wird. Erst dann kann eine verbindliche Zusage seitens des LASUV erfolgen.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungs-ermächtigung i. H. v. 250.000 EUR für die Investition 12IK00005 - Umnutzung Seminarstr. Haus A zur Grundschule Dittes.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-12

3.13. Einfacher Bebauungsplan Nr. 042 „Nahversorgungszentrum an der Reißiger Straße/ Martin-Luther-Straße“ - Aufstellungsbeschluss
Drucksachennummer: 614/2017

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

U. a. führt Bürgermeister Sárközy aus, dass Einigkeit darin besteht, dass am Standort Reißiger Straße/ Martin-Luther-Straße ein Verbrauchermarkt der Firma EDEKA entstehen und das Wohngebiet damit aufgewertet werden soll.
Weiterhin besteht wohl Einigkeit darüber, dass der Weg für einen vom Investor zu finanzierenden Kreisverkehr frei gemacht werden sollte, wenn der Investor durch diesen Kreisverkehr die Erschließung seines Marktes verbessern möchte. Hierfür schlägt die Stadtverwaltung einen einfachen Be-bauungsplan vor.
Keine Notwendigkeit besteht hingegen darin, dass die Stadt Plauen selbst in die Pflicht geht und einen Kreisverkehr für ca. 1 Mio. EUR errichtet. Dies sei im Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Plauen nicht verankert. Außerdem gibt es an diesem Standort auch keinen Unfallschwerpunkt oder Einschränkungen durch Stau.

Weiterhin führt Bürgermeister Sárközy aus, dass in Plauen der Einzelhandelsbestand mit 3 qm je Einwohner im Vergleich zum Bundesdurchschnitt sehr hoch sei.
Einerseits sei zu begrüßen, dass im Gebiet der Hammertorvorstadt ein hochwertiger Lebensmittelmarkt entsteht. Andererseits wäre aber die Lebensmittelbranche in Plauen schon sehr „Discounter-lastig“.

Eine vorausschauende Steuerung am Standort Reißiger Straße/Martin-Luther-Straße sei nach Meinung von Bürgermeister Sárközy sehr wichtig und der Stadtrat hätte an dieser Stelle eine sehr hohe Verantwortung mit der heute zu treffenden Entscheidung:
Dieser Standort mit dem bereits vorhandenen Norma-Markt und dem was mit einem einfachen Bebauungsplan möglich wäre plus der durch den Vorbescheid an die Firma EDEKA zugestanden Möglichkeiten beläuft sich die Gesamtfläche auf ca. 3.200 qm. Würde man die gesamte bebaubare Fläche ausschöpfen, so würde hier das größte Nahversorgungszentrum der Stadt Plauen entstehen.
Der beauftragte Gutachter hat herausgearbeitet, dass die Handelsstrukturen der Stadt Plauen sehr fragil seien. Unter anderem sieht er die Gefahr, dass bei o. g. möglichem Bau an der Hammertorvorstadt
der Einkaufsstandort Nord (Kaufland Morgenbergstraße) und große Teile der Einkaufsinnenstadt geschädigt würden.
Ebenfalls sollte in der Gesamtabwägung berücksichtigt werden, dass es ein neuer Verbrauchermarkt in Plauen sehr schwer haben würde, weil die Wettbewerbsintensität sehr hoch sei.

Bürgermeister Sárközy führt weiter aus, dass ein doppelt so großer Markt (als bisher an der

Neundorfer Straße schon vorhanden) entstehen würde, wenn so gebaut wird, wie von EDEKA beantragt (1.900 qm). Weiterhin könne eine Zulässigkeit von Sortimenten sowie die Obergrenzen für Verkaufsflächen nur durch einen Bebauungsplan gesteuert bzw. festgeschrieben werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer trägt die Abstimmungsergebnisse der bisher stattgefundenen Vorbe-ratungen der zuständigen Ausschüsse vor:

Stadtbau- und Umweltausschuss am 14.08.2017:
7 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Wirtschaftsförderungsausschuss und am 11.09.2017:
6 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Stadtbau- und Umweltausschuss am 11.09.2017: keine Abstimmung erfolgt

Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne-Fraktion, trägt die Meinung des wesentlichen Teils seiner Fraktion vor. Der Vorschlag der Verwaltung zur Erstellung eines einfachen Bebauungsplanes wird unterstützt.
Stadtrat Fiedler betont, dass es die Möglichkeit der vorzeitigen Erschließung nach § 33 BauGB sowie die Möglichkeit des vorzeitigen Baubeginns gäbe auch wenn der einfache Bebauungsplan noch nicht fertig sei.

Stadtrat Fiedler führt aus, dass es bei dem heutigen Beschluss nicht um die Firma EDEKA ginge sondern um den Fall, dass alle Grundstücke (derzeit Norma, Getränkemarkt usw.) auf dem Areal durch den Fall eines Eigentümerwechsels alle in eine Hand kommen könnten. Mit einem einfachen Bebauungsplan würde sich der Stadtrat der Stadt Plauen ein Mitspracherecht erhalten.

Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, trägt vor, dass bei der Entwicklung dieses Bauvorhabens ***„jemand gewaltig auf der Bremse“*)*** stehen würde, Das wäre nach Meinung von Stadtrat Müller nicht der Investor sondern Bürgermeister Sárközy. Es würden fadenscheinige Argumente angeführt, um zu überdecken, dass der bereits erteilte Bauvorbescheid für die Stadt nicht günstig wäre. Der bereits vorliegende Bauvorbescheid würde nach Meinung von Stadtrat Müller nicht konträr zum Einzelhandelskonzept der Stadt Plauen stehen. Man sollte froh sein, wenn überhaupt in den Einzelhandel der Stadt investiert würde. Nach Meinung von Stadtrat Müller würden den Interessen des Investors Steine in den Weg gelegt werden. Bauanfragen würden nach Aussage von Stadtrat Müller in Plauen ***„schon einmal mehr als ein Jahr friedlich vor sich hin schlummern ohne dass etwas passiert“*).*** Daher würde nach Meinung von Stadtrat Müller ***„das miese Image der Stadt Plauen für Investoren“*)*** kommen.
Er schlägt vor, dem einfachen Bebauungsplan nicht zuzustimmen und der Firma EDEKA so schnell als möglich den Baubeginn zu ermöglichen.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., kritisiert ausdrücklich die Aussage von Stadtrat Müller und empfiehlt ihm, sich etwas genauer mit dem Bauvorbescheid zu beschäftigen.
Dieser würde auf dem Einzelhandelskonzept der Stadt Plauen basieren. Der Investor würde nach Meinung von Stadtrat Jäger seine Planungen nicht auf der Grundlage des genannten Bauvorbescheides vorantreiben, so dass für den Zeitverzug nicht der Stadt Plauen die Schuld zugewiesen werden könne.

Stadtrat Jäger fühlt sich durch die Darstellungen und Briefe des Investors ***„extrem bedrängt, wenn nicht gar erpresst“*).***

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt grundsätzlich an, dass Handel geordnet werden müsse. Man könne Handel nicht nach freier Marktwirtschaft entstehen lassen. Er setzt voraus, dass die Mitglieder des Stadtrates dies wissen.

) wörtliche Rede

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, führt aus, dass heute im zweiten Anlauf über den Bebauungsplan beschlossen werden soll.

Er merkt an, dass es nicht korrekt sei, dass es Zustimmung vom Stadtbau- und Umweltausschuss gab. Dieser hat sich zwar zweimal in der Vorberatung mit dem Thema befasst hätte aber beim zweiten Mal (11.09.2017) nicht abstimmen dürfen.

Zum Zeitpunkt der zweiten Abstimmung hätte es nach Meinung von Stadtrat Blechschmidt außerdem keinen Investor mehr gegeben, der einen Bebauungsplan rechtfertigen würde, da EDEKA den Kreisverkehr nun nicht mehr bauen wolle.

Stadtrat Blechschmidt führt Argumente auf, warum seiner Meinung nach der Bebauungsplan nicht beschlossen werden sollte.
Der Investor hätte nach Aussage von Stadtrat Blechschmidt ***„einen Schlussstrich unter den Kreisverkehr gezogen“*),*** weil die Stadt Plauen unbeweglich blieb und bleiben würde.
Deshalb sah sich (Zitat von Stadtrat Blechschmidt): „***EDEKA gezwungen, sein Angebot des für die Stadt Plauen dringend benötigten Kreisverkehrs an dieser Stelle zurückzunehmen.“*** *)

Stadtrat Blechschmidt führt die Folgen auf, die seiner Meinung nach die Aufstellung eines Bebauungsplanes hätte:

- Die Stadt Plauen würde auf die private Finanzierung eines Kreisverkehrs verzichten
  Schaden ca. 1 Mio. EUR
- Die Stadt Plauen würde auf einen Zuschuss für den Umbau des benachbarten Spielplatzes verzichten
  Schaden: nicht genau bezifferbar.
- Die Stadt Plauen würde einen erheblichen Imageschaden bei allen zukünftigen Investoren erleiden, weil diese Planungssicherheit bezweifeln müssten
  Schaden: nicht bezifferbar.
- Die Stadt Plauen würde nichts unternehmen, um den Wettbewerb zu der in Plauen recht dominanten Lidl und Schwarz Gruppe (dazu gehören Kauflandmärkte) voranzutreiben
  Schaden: eingeschränkte Wahlfreiheit der Kunden
- Die Stadt Plauen würde die Aufwertung eines gemäß EHK unterversorgten Stadtgebietes verzögern
  Schaden: verminderte Wohnqualität
- Die Stadt Plauen würde einen weiteren Rechtsstreit mit EDEKA riskieren, der sich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit gegen den Bebauungsplan wenden würde - Erfahrungen hätten gezeigt, dass ähnliche Rechtsstreite mit EDEKA nicht zugunsten der Stadt ausgegangen seien
  Schaden: Verfahrenskosten wohl im fünfstelligen Bereich.

Diesen erheblichen Risiken und Kosten würde nach Meinung von Stadtrat Blechschmidt kein Nutzen gegenüber stehen.

Stadtrat Blechschmidt verweist abschließend auf einen Leserbrief in der heutigen Tagespresse vom ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion. Er würde sich wünschen, wenn dessen Argumenten gefolgt und der Bebauungsplan nicht beschlossen würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass ehemalige Stadträte oft nicht den Wissensstand haben, den ein aktuell amtierendes Stadtratsmitglied hat.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass weder im Verkehrsentwicklungskonzept der Stadt Plauen noch sonst jemals seitens der Stadt Plauen formuliert worden, dass an dieser Stelle ein Kreisverkehr dringend benötigt wird. Ein Kreisverkehr würde nur der Investition der Firma EDEKA zugutekommen, deshalb wolle die Stadt dies gern ermöglichen und die rechtlichen Voraussetzungen dazu schaffen.

) wörtliche Rede

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, möchte, dass die Investition von EDEKA entstehen kann. Dies würde sich mit den Meinungen von Leserbriefen und in sozialen Netzwerken decken. Die Entwicklung dieses Standortes müsse im Vordergrund stehen und dabei müsse auch das Einzelhandelskonzept beachtet werden.

Stadtrat Eckardt vertritt die Meinung, dass bezüglich des geplanten Neubaus der Dreifeldsporthalle am Lessinggymnasium der Kreisverkehr an dieser Stelle doch gebraucht würde.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, merkt an, dass in der derzeit gebauten Galerie in Hof der Hauptmieter die Firma EDEKA sei. Es wäre dann in unmittelbarer Nähe zur Plauener Innenstadt ein vergleichbares Konkurrenzobjekt, das Kunden abziehen würde.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE., richtet im Sinne einer würdigen Streitkultur die Bitte an die CDU-Fraktion, die Debatte sachlich zu führen und Personalisierungen zu unterlassen. Dies sei peinlich.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktion FDP/Initiative Plauen, ist in seinem Eindruck bestärkt worden, dass die Verantwortlichen der Stadt Plauen in dieser Sache ihre Verhandlungsposition etwas verkannt hätten. Grundsätzlich sei die Stadt Plauen aus seiner Sicht durch den Bauvorbescheid von Anfang an in einer schlechteren Verhandlungsposition gewesen.

Stadtrat Gerbeth kann im konkreten Falle den Ausführungen und Intentionen von Bürgermeister Sárközy nicht folgen und wird der Vorlage nicht zustimmen.

Bürgermeister Sárközy, führt aus, dass er für die unsachlichen Beiträge von einigen Mitgliedern der CDU-Fraktion keine Erwiderungen bringen wird.

Zur Frage von Stadtrat Blechschmidt antwortet Bürgermeister Sárközy, dass die in der Vorlage dar-gestellten 30 TEUR für verkehrstechnische Untersuchungen und Planungen im Zuge des Bebauungsplanverfahrens für den Fall notwendig wären, dass ein Kreisverkehr gebaut werden soll. Diese 30 TEUR hätte der Investor finanzieren sollen.

Bürgermeister Sárközy ruft in Erinnerung, was passieren würde, wenn heute keine Mehrheit für die Vorlage zustande käme.
Da kein Baurechtsverfahren im Verantwortungsbereich der Stadt Plauen in den nächsten 6 Monaten vorgelegt werden könnte, kann an dieser Stelle kein Kreisverkehr gebaut werden. Einen Bebauungsplan nur für den Kreisverkehr aufzustellen, sei auch nicht zulässig.
Einen Antrag auf ein Planfeststellungsverfahren wäre auch schwierig, da die Interessen des Investors nicht als öffentliches Interesse des Baulastträgers (Stadt Plauen) dargestellt werden könnten.

Bürgermeister Sárközy entgegnet Stadtrat Gerbeth, dass die Stadt Plauen nichts verpasst habe. Der Bauvorbescheid wurde gemäß Baugesetzbuch erteilt. Mit dem Bebauungsplan hat man die Möglichkeit, künftige Erweiterungen zu steuern. Mit dem Markt auf einer Fläche von 1900 qm gibt es kein Problem. Es geht darum, dass die Steuerung für die restliche Fläche nicht aus der Hand gegeben wird. Deshalb sei ein Bebauungsplan wichtig.

Geschäftsordnungsantrag:

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Dem Geschäftsordnungsantrag wird mit Stimmenmehrheit von 18 Ja-Stimmen bei 32 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates zugestimmt.

Beschluss-Nr.: 33/17-14

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen fasst gemäß § 2 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) den Aufstellungs-beschluss zum einfachen Bebauungsplan Nr. 042 „Nahversorgungszentrum an der Reißiger Straße/ Martin-Luther-Straße“ auf der Grundlage des in der Anlage 1 dargestellten Geltungsbereichs und
beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der erforderlichen Planungsschritte nach dem Baugesetzbuch (BauGB).

Namentliche Abstimmung:

Stimmberechtigtes Mitglied		Stimmberechtigtes Mitglied		Stimmberechtigtes Mitglied	
Bindl, André	**Ja**	Hänsel, Claudia	**Ja**	Ruppin, Wolf-Rüdiger	**Nein**
Blechschmidt, Dieter	**Nein**	Hermann, Christian	**Ja**	Rüdiger, Tobias	**Ja**
Boerner, Xenia	**Nein**	Herold, Daniel	**Ja**	Salzmann, Thomas	**Nein**
Brückner, Dirk	**Nein**	Hinz, Wolfgang	**Ja**	Schicker, Annekatrin	**Ja**
Eckardt, Ingo	**Nein**	Jäger, Klaus	**Ja**	Seidel, Uta	**Ja**
Erdmann, Christian	**Ja**	Kämpf, Tobias	**Nein**	Stubenrauch, Bernd	**Nein**
Fiedler, Thomas	**Ja**	Kowalzick, Lutz	**Nein**	Süß, Christa	**Nein**
Fleischer, Hansgünter	**Nein**	Mühle, Monika	**Ja**	Weiß, Hansjoachim	**Nein**
Gerber, Klaus	**Ja**	Müller, Steffen	**Nein**	Zabel, Benjamin	**Ja**
Gerbeth, Sven	**Nein**	Pfeil-Zabel, Juliane	**Ja**	Zabel, Frank M.	**Ja**
Hagen, Ronny	**Ja**	Rank, Petra	**Ja**	Oberdorfer Ralf	**Ja**

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen; 14 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 33/17-15

4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Wolf-Rüdiger Ruppin, CDU-Fraktion, bedankt sich als amtierender Ortsvorsteher für die rege Anteilnahme zur 750-Jahr-Feier in seinem Ortsteil Großfriesen.
Stadtrat Ruppin hat sich im Zusammenhang mit dieser Feier mit der Besitzerin eines Schausteller-geschäftes unterhalten und nachgefragt, warum der Plauener Pfingstrummel nicht mehr so viele
Fahrgeschäfte im Angebot hätte.
Von der Schaustellerin bekam er die Antwort, dass es dafür mehrere Gründe gäbe, ein Grund wären die hohen Standgebühren in Plauen. Z. B. wären diese Standgebühren in Chemnitz niedriger als in Plauen.

Stadtrat Ruppin fragt nach, ob es möglich wäre, die Standgebühren für Schausteller in Plauen mit Chemnitz, Annaberg, Aue usw. zu vergleichen.

Weiterhin spricht Stadtrat Ruppin den Taxiverkehr in den Nachtstunden an. Er weiß, dass seit 2009 hierfür der Landkreis verantwortlich sei. Es stellt sich aber für Stadtrat Ruppin die Frage, zu welchen Konditionen die Taxi-Konditionen überhaupt vergeben werden, wer nachprüft, ob eventuell verein-barte Bedingungen eingehalten werden und wer den Fahrverkehr in den Nachtstunden koordiniert.

Stadtrat Ruppin kündigt an, dass hierzu genaue Fragen durch die CDU-Fraktion formuliert und als Antrag für den Verwaltungsausschuss ausgereicht werden.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, kritisiert, dass das Hinweisschild für die Bushaltestelle an der Plamag wegen Wildwuchs nicht mehr zu sehen wäre. Außerdem sei der Fußweg ebenfalls eingeschränkt begehbar. Er fragt nach, wie der derzeitige Eigentümer dazu gebracht werden kann, dort einen Grünschnitt durchzuführen.

Oberbürgermeister Oberdorfer wird diese Anfrage an den ÖPNV weiterleiten und sagt eine schriftliche Antwort zu.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, informiert, dass die Umkleide- und Duschkabinen in der Turnhalle am BSZ Uferstraße in einem sehr unhygienischen Zustand wären (Schimmel, Verschmutzung). In den Bereichen für die Damen wäre es wohl ebenso.
Er fragt nach, ob sich die Turnhalle (genau wie das Schulgebäude) ebenfalls in Trägerschaft des Vogtlandkreises befindet, oder ob hier die Stadt/der Eigenbetrieb GAV zuständig wäre.

Herr Armbruster, kaufmännischer Leiter des Eigenbetriebes GAV, teilt mit, dass sich die Schule und auch die Turnhalle in der Trägerschaft des Landkreises befinden. Es gibt lediglich eine Vereinbarung mit dem Landkreis, dass die Stadt Plauen die Sporthalle für Vereinssport mit genutzt werden kann, wofür die Stadt Plauen Betriebskosten zahlt. Dies wird zum Anlass genommen, beim Landkreis nachzufragen und die Herstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes einzufordern.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, spricht die Entfernung einer Sitzbank durch den Geschäftsbereich II vor dem neuen Landratsamt im März diesem Jahres an.
Stadtrat Stubenrauch hätte zu dieser Zeit eine Anfrage dazu gestellt und keine Antwort erhalten.

Nunmehr fragt Stadtrat Stubenrauch nach, ob Bürgermeister Sárközy persönlich mit Landrat Keil wegen der Aufstellung der Fahnenmasten gesprochen hätte und ob „dieser Gastronom“ (wörtlich) eine Bauvoranfrage für die Einrichtung eines Biergartens oder einer gastronomischen Einrichtung gestellt hätte.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, antwortet, dass der Grund für den Abbau der Sitzbank nicht die Fahnenmasten waren sondern die Verbesserung der Zugänglichkeit in Richtung neues Landratsamt.
Über die Aufstellung der Fahnenmasten gab es keine Besprechung zwischen Baubürgermeister und Landrat. Hier wurden durch das Fachgebiet Tiefbau umfangreiche Abstimmungen vorgenommen.
Bürgermeister Sárközy hat hierzu nicht persönlich mit dem Landrat gesprochen.

Sollte mit der Anfrage der Gastronom von den Kolonaden gemeint sein, so führt Bürgermeister Sárközy aus, dass er von diesem persönlich keine Unterlagen erhalten hat.
Auch im Fachbereich Bau und Umwelt seien keine Unterlagen eingegangen.

Plauen, den	Plauen, den	Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Monika Mühle Stadträtin	Christian Hermann Stadtrat	Peggy Glaß Schriftführerin